

AUSGABE 10 | 2022

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städte wollen besseres Katastrophen- und Krisenmanagement

Jetzt besser auf Geflüchtete einstellen

Wohngeld Plus soll so rasch es geht bei den Menschen ankommen

Städte appellieren: Krankenhäuser brauchen dringend Kostentlastung

AUS DEN STÄDTEN

Leipzig: Bowlingtreff wird Naturkundemuseum

Amberg, Bielefeld, Darmstadt, Münster: Wettbewerbssieger „Klimaaktive Kommune“

Berlin: Müllabfuhr testet mobile Überwege

FORUM

Unterstützung der Kommunen beim Klimaschutz

FACHINFORMATIONEN

Städte wollen besseres Katastrophen- und Krisenmanagement

Der Deutsche Städtetag hat Bund und Länder aufgefordert, gemeinsam das Katastrophen- und Krisenmanagement voranzutreiben. Das Wichtigste sei jetzt Stabilität: Deutschland müsse krisenfester werden. Die Entlastungen mit der Strom- und Gaspreisbremse brauchen einen gesetzlichen Rahmen. Für eine bessere Versorgungssicherheit müssen außerdem die erneuerbaren Energien viel schneller ausgebaut und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Spitzenverbandes in Hannover deutlich.

Die angekündigte Dezemberhilfe und die Preisdeckel für Strom und Gas seien gute Instrumente, um die Belastungen der Menschen in Grenzen zu halten, sagte Lewe.

„Die Zeit drängt ungemein. Das Versprechen der Preisbremsen für Strom und Gas muss jetzt umgehend konkret werden. Wir halten es für richtig, die Preisbremsen erst zum 1. März einzuführen, dann aber rückwirkend zum 1. Januar greifen zu lassen. Gas- und Strompreisbremse müssen dabei rechtssicher und operativ umsetzbar sein. Die Städte erwarten, dass die Gaspreisbremse auch kommunale Einrichtungen entlastet. Wo diese Entlastungen und auch die Härtefallregelung des Bundes nicht greifen, müssen die Länder zusagen, dass sie helfen. Betroffene Einrichtungen, besonders im Sozial- und Jugendbereich, aber auch Vereine, Sport und Kultur brauchen dann die Unterstützung der Länder.“

Die Städte bringen auch selbst als Teil der Solidargemeinschaft erhebliche eigene Mittel in der Krise ein.

Vorbereitung auf Krisenlagen und Blackout

Die Städte bereiten sich auf den Ernstfall vor und spielen mit den Krisenstäben verschiedene Szenarien durch. Abläufe

werden geübt, Ansprechpersonen aktualisiert, technische Voraussetzungen geprüft: Was kann abgeschaltet werden, wenn eine Überlastung des Netzes droht? Prioritäten werden gesetzt, um im Notfall sehr schnell entscheiden zu können. Viele Städte schaffen für vulnerable Gruppen Anlaufstellen, sogenannte Leuchttürme, die im Ernstfall in Betrieb genommen werden können. Inzwischen sind zwar die Gasspeicher voll, aber Risiken bleiben, betonte Lewe:

„Es sieht im Moment so aus, dass wir beim Gas mit Ach und Krach durch den Winter kommen. Aber Fragen bleiben: Spielt das Wetter mit? Wie erfolgreich sparen wir Energie ein? Beim Strom müssen wir uns auf lokale Stromausfälle vorbereiten – sie können wenige Minuten dauern, in schlimmen Fällen aber auch mehrere Stunden. Auch Cyberangriffe oder Sabotage auf kritische Infrastruktur sind nicht auszuschließen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Deutschland insgesamt krisenfester wird. Es geht darum, unsere Lebensgrundlagen vor langanhaltenden Krisen zu schützen.“

Die Resilienzstrategie des Bundes sei ein guter Anfang. Auch das geplante Dachgesetz zum Schutz der kritischen Infrastruktur ist sinnvoll. Jetzt erwarten die Städte, dass der Bund konkrete Leitlinien und Anforderungen für kritische Infrastrukturen erarbeitet und die Expertise der Städte dabei einbezieht.

Die Anforderungen an den Katastrophenschutz der Städte wachsen mit den komplexen Gefahrenlagen deutlich. Wir brauchen mehr Personal für Krisenstäbe und Feuerwehren, Notstromaggregate, einen Vorrat an Treibstoffen. Kritische Infrastruktur wie Krankenhäuser und Wasserversorgung müssen aufrechterhalten werden. Aber auch der kommunale Katastrophenschutz kann an Grenzen stoßen. Einen langanhaltenden Ausfall der Energieversorgung über viele Stunden können die Städte allein nicht schaffen. Deshalb müssen Bund und Länder mit den Kommunen viel stärker in ein ge-



Präsidiumssitzung
des Städtetages
in Hannover
(Foto: Rainer Jensen)

meinsames Risiko- und Krisenmanagement eintreten.

„Wir können aus der Corona-Pandemie lernen und Krisenstrukturen stärken. Umso unverständlicher ist es, dass der Bund laut Haushaltsentwurf das Budget für das bundesweite Sirenenprogramm kürzt statt aufgestockt“, so Lewe.

Auch die Eigenvorsorge der Bevölkerung und das Krisenbewusstsein müssen wachsen, sagte Lewe:

„Wir haben seit Generationen wenig Erfahrung mit existenziellen Krisen. Deshalb müssen wir wieder einüben, was wir an Vorsorge brauchen, ohne panisch zu reagieren. Ratgeber für Notfallvorsorge nach dem Motto ‚Sei kein Hamster, sei ein Fuchs‘ helfen sehr. Das Bundesamt für Katastrophenschutz muss hier zum wichtigsten Player werden, um die Menschen zu erreichen. Das Warn- und Alarmsystem muss noch besser vor konkreten Gefahren warnen.“

Der bundesweite Warntag am 8. Dezember bietet eine gute Chance, um Abläufe zu üben und die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Umstieg auf erneuerbare Energien muss viel schneller gehen

Die aktuelle Krise zeige, wie abhängig Deutschland immer noch von fossiler Energie sei. Deshalb müsse der Ausbau der erneuerbaren Energien noch schneller gehen.

Die Städte wollen entscheidende Schritte hin zu Klimaneutralität gehen können. Der Städtetagspräsident stellte heraus:

„Wir müssen den Turbo für den Ausbau von erneuerbaren Energien einlegen und schneller umsteigen. Sonst werden wir weder die Energiekrise noch die Klimakrise bewältigen. Die Menschen klimaneutral, sicher und bezahlbar mit Energie zu versorgen, steht im Zentrum aller Anstrengungen. Aber der Ausbau erneuerbarer Energien kommt aktuell nur schleppend voran. Bis ein Windpark oder große Solaranlagen tatsächlich Strom liefern, verstreichen mehrere Jahre mit Planung, Genehmigung und Klageverfahren. Wir verlieren Zeit! Der Bund hat zwar inzwischen den gesetzlichen Rahmen verbessert. Aber das reicht noch nicht weit genug. Wir befürchten, dass gerade der Aufbau von Windkraftanlagen und Photovoltaik auf Freiflächen nicht schnell genug Fahrt aufnimmt.“

Die Städte diskutieren deshalb weitere Hebel, damit die erneuerbaren Energien schneller ausgebaut werden können. Die Debatte bei Bund und Ländern muss fortgeführt werden. Infrage kämen zum Beispiel:

- Personaloffensive für alle Planungs- und Genehmigungsbehörden bei Ländern und Kommunen.
- beschleunigtes Verfahren für LNG-Terminals (Flüssiggas) als Blaupause auch für erneuerbare Energien einsetzen, da diese Anlagen ebenfalls im besonderen öffentlichen Interesse liegen.

Jetzt besser auf Geflüchtete im Winter vorbereiten

Die Städte haben auf Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Hannover ihre Bereitschaft unterstrichen, den geflüchteten Menschen in der akuten Notlage und darüber hinaus zu helfen. Bund und Länder müssten allerdings die Städte weiter entlasten, etwa durch eine bessere Verteilung der Geflüchteten, und die Kapazitäten für die Erstaufnahme deutlich ausbauen. Die Städte verurteilen jegliche Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und fordern alle gesellschaftlichen Akteure auf, fremdenfeindlichen Tendenzen entschieden Paroli zu bieten. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, sagte nach den Sitzungen:

„Die Städte stehen weiter fest an der Seite der Ukraine. Die Menschen, die vor dem Elend des brutalen russischen Angriffskrieges in ihrer Heimat fliehen müssen, brauchen offene Türen. Wir übernehmen humanitäre Verantwortung. Wir brauchen den Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen für die Versorgung von Geflüchteten. Das gilt gleichermaßen für Asylsuchende aus anderen Her-

kunftsländern. Vielen geflüchteten Menschen konnten wir mit Unterstützung engagierter Bürgerinnen und Bürger bereits helfen. Aber wir blicken mit Sorge auf den kommenden Winter. Die Aufnahmekapazitäten sind vielerorts erschöpft, Zeltunterkünfte und Turnhallen müssen bereits genutzt werden. Der Krieg in der Ukraine tobt weiter und mit sinkenden Temperaturen und angesichts von zerstörten Versorgungsleitungen und Kraftwerken erwarten wir, dass weitere Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Land verlassen müssen.“

Auch Geflüchtete anderer Regionen, auch aus Kriegsgebieten, suchen nach wie vor Sicherheit in unserem Land. Darauf müssen wir uns noch besser vorbereiten. Jung betonte:

„Wir wollen niemanden auf der Straße stehen lassen. Deshalb müssen wir erstens wissen, auf welche Szenarien wir uns einstellen müssen. Die Bundesregierung muss ihr Lagebild mit den Kommunen teilen und alle Ebenen frühzeitig über Fluchtbewegungen informieren. Deutschland sollte zweitens die Ukraine verstärkt beim Wiederaufbau von zerstörten Infrastrukturen unterstützen.“

Präsidiumssitzung des Städtetages in Hannover (Foto: Rainer Jensen)



Mehr Städte in der Ukraine müssen wieder winterfest werden.“

Das helfe der ukrainischen Regierung bei ihrem Bemühen, Fluchtbewegungen innerhalb der Ukraine in sichere Gebiete zu ermöglichen und den Menschen ihre Heimat zu erhalten.

„Der Bund muss drittens die Verteilung verbessern, das gilt auch für die EU-weite Verteilung. Und viertens: Die Länder müssen die Plätze in ihren eigenen Erstaufnahmeeinrichtungen deutlich aufstocken und dauerhafte bezugsfertige Kapazitäten errichten, die die Kommunen gegebenenfalls betreiben könnten“, so Jung.

Noch seien die Länder weit entfernt von den Aufnahmekapazitäten der Jahre 2015 und 2016. Aber bei der Anzahl der Geflüchteten insgesamt, die dieses Jahr in Deutschland ankamen, sind wir schon längst darüber hinaus. Jung sagte:

„Wir erkennen an, dass Bund und Länder mehr Unterstützung für die Kommunen zugesagt haben. Aber in den großen Städten haben wir kaum mehr ein freies Bett für Geflüchtete zur Verfügung. Die Städte strecken sich, bauen Notunterkünfte und Containerdörfer auf, aber das allein reicht nicht. Bund, Länder und Kommunen sind in einer Verantwortungsgemeinschaft. Das müssen wir vor Ort jetzt spüren.“

Die Zahlen steigen: Zurzeit sind rund 1,1 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland registriert. Bis Ende Oktober haben zusätzlich rund 160.000 Menschen aus anderen Herkunftsländern Asylanträge gestellt, Tendenz auch hier steigend.

Die Zusage der Bundesinnenministerin über 60 weitere Bundesimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten bereitzustellen, sei zwar gut, müsse aber nun schnell und praxistauglich umgesetzt werden. Viele Objekte müssten zunächst auf Eignung geprüft und eingerichtet werden.

Die Anschläge und Aktionen gegen Unterkünfte für Geflüchtete in einer Reihe von Städten und Gemeinden verurteilen die Städte scharf: „Unterkünfte für Geflüchtete in Brand zu setzen oder Menschen anderer Herkunft anzugreifen ist hinterhältig und verabscheuungswürdig. Es sind Taten wider die Menschlichkeit. Wir fordern alle gesellschaftlichen Akteure auf, fremdenfeindlichen Tendenzen entschieden Paroli zu bieten“, unterstrich Jung.

Finanzierung über unmittelbare Nothilfe hinaus sichern

Bei der Finanzierung der Leistungen für Geflüchtete sei nun Tempo gefragt, betonte Jung:

„Der Bund hat weitere 1,5 Milliarden Euro für die Versorgung und Unterbringung Geflüchteter für dieses Jahr zugesagt. Wichtig ist zunächst, dass das Geld schnell und vollständig bei den Städten ankommt. Dafür haben die Länder Sorge zu tragen. Im kommenden Jahr sind 1,5 Milliarden Euro für die ukrainischen Geflüchteten vorgesehen und die allgemeine flüchtlingsbezogene Pauschale soll auf 1,25 Milliarden Euro verstetigt werden. Wir müssen uns aber ehrlich machen: Das Geld, das auf den Tisch kommen soll, wird nicht ausreichen. Spätestens Ostern müssen wir über weitere Mittel reden. Und wenn die Bundesmittel nicht reichen, dann sind auch die Länder in der Pflicht, nachzulegen.“

Noch völlig offen sei, wie die langfristige Integration finanziert werden soll. Der Bund habe bislang keine Perspektive für die zusätzlich notwendigen Investitionen in den Städten aufgezeigt. Jung mahnte: „Die Städte müssen massiv investieren können. Wir brauchen mehr Kitaplätze. Wir brauchen mehr Schulen. Wir brauchen mehr Wohnraum. Die Bewältigung dieser Herausforderungen können wir nicht einfach in die nächsten Jahre vertagen. Die Planungen müssen unmittelbar beginnen, damit wir rasch die notwendige Infrastruktur aufbauen können.“

Wohngeld Plus soll so rasch es geht bei den Menschen ankommen

Das neue Wohngeld Plus soll einkommensschwache Haushalte von den hohen Energiekosten entlasten, damit niemand im Winter im kalten Wohnzimmer frieren muss, weil das Geld nicht reicht. Mit dem Wohngeld Plus steigt der Kreis der berechtigten Haushalte aber auch um das bis zu dreifache und das wird auch zu einer Herausforderung für die Städte. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, sagte zur anstehenden Umsetzung von Wohngeld Plus, Ende November gegenüber der Rheinischen Post:

„Das neue Wohngeld Plus verfolgt das richtige Ziel. Die steigenden Energiepreise und die hohe Inflation machen vielen Menschen große Sorgen. Das Wohngeld unterstützt zielgerichtet Haushalte mit geringem Einkommen.

Gerade am Anfang wird es aber ruckeln, darauf haben auch einige Länder bereits

aufmerksam gemacht. Denn sobald das neue Gesetz gilt, sind die alten Regeln außer Kraft. Das bedeutet, dass die Städte keine weiteren Anträge mit der vorhandenen Software bearbeiten können, die auf den alten Regeln basiert. Gleichzeitig können aber mehr Menschen Wohngeld Plus beantragen. Der Bund hat leider die Gelegenheit versäumt, entscheidende Vereinfachungen im Gesetz zu liefern. Damit ist Ärger für Antragstellende und Wohngeldstellen zu erwarten.

Jetzt kommt es darauf an, dass die IT-Verfahren für das neue Wohngeld von den Ländern so schnell wie möglich kommen. Die Kommunen versuchen bereits seit Monaten, mehr Personal für die Wohngeldstellen zu gewinnen und zu schulen. Aber Fachkräfte fallen nicht vom Himmel. Die Herausforderung bleibt, den Antragsstau zügig abzubauen. Denn das neue Wohngeld muss so rasch wie möglich bei den Menschen ankommen.“

„Der Bund hat leider die Gelegenheit versäumt, entscheidende Vereinfachungen im Gesetz zu liefern.“

Helmut Dedy,
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages



Foto: Laurence Chaperon

Städten appellieren: Krankenhäuser brauchen dringend Kostententlastungen

Die Städte haben an Bund und Länder appelliert, Krankenhäuser umgehend von stark steigenden Kosten zu entlasten. Sonst sehen wir die flächendeckende Versorgungssicherheit für die Patienten gefährdet, sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Ende November gegenüber der Passauer Neue Presse:

„Die Krankenhäuser stehen unter massivem Kostendruck, nicht erst seit der Energiekrise. Immer mehr Krankenhäuser sind durch die Corona-Pandemie, Personalmangel und Inflation wirtschaftlich stark angeschlagen. Wo Personal fehlt oder krankheitsbedingt ausfällt, drohen Überlastung oder Engpässe in der Patientenversorgung. Teilweise werden bereits Stationen vorübergehend geschlossen oder Operationen verschoben. Wir appellieren an Bund und Länder, Krankenhäuser umgehend von stark steigenden Kosten zu entlasten. Sonst ist die flächendeckende Versorgungssicherheit für die Patienten gefährdet.“

Die angekündigte Bundeshilfe zum Ausgleich gestiegener Energiekosten für die Krankenhäuser ist ein guter Anfang – sie muss jetzt sehr schnell konkret werden. Für finanzielle Löcher in Millionenhöhe werden sonst die kommunalen Träger zum Ausfallbürgen. Sie müssten einspringen, um die Krankenhäuser erhalten zu können, sind dazu aber nicht in der Lage.

Die Krankenhäuser brauchen darüber hinaus zusätzliche Hilfen, die zielgenau, unbürokratisch und schnell ankommen. Die in Aussicht gestellte Reform der Krankenhausfinanzierung muss sehr schnell umgesetzt werden. Dazu gehören die Städte mit an den Tisch. Denn eine Regierungskommission für die Krankenhausreformen muss die Betroffenen beteiligen, damit die neuen Regelungen auch zielgenau sind.“

TITELFOTO

Der größte Weihnachtsbaum der Welt

In Dortmund leuchtet seit dem 21. November der nach Aussage der Stadt „größte Weihnachtsbaum der Welt“. 1.200 Rotfichten aus einem Sauerländischen Forstbetrieb wurden dafür auf einem Gerüst bis auf 45 Meter Höhe zusammengesteckt und fast 50.000 Lichter, Kugeln und Weihnachtsschmuck daran befestigt. Die Spitze bildet ein 200 Kilogramm schwerer Engel. Um Strom zu sparen, leuchtet der Baum in diesem Jahr statt ununterbrochen nur noch an acht Stunden – täglich ab 15:00 Uhr und bis 23:00 Uhr. Bereits der Umstieg auf LED-Technik hatte den Strombedarf von 56 Kilowatt in der Stunde auf maximal 8 Kilowatt reduziert. Außerdem wird grüner Strom verwendet.

(Foto: Dortmund-Agentur / Roland Gorecki)

Bild: Stadt Leipzig



Leipzig: Bowlingtreff wird Naturkundemuseum

Die Stadt Leipzig will einen stadtbekannteren früheren Bowlingtreff zu einem Naturkundemuseum umbauen. Nach derzeitigem Planungsstand soll im Frühjahr 2023 mit dem Rückbau im Bestandsgebäude begonnen werden. Das rund 15 Meter tiefgehende Bestandsgebäude wurde 1925/26 als unterirdisches Umspannwerk errichtet, 1986/87 zu einer Freizeitsportstätte umgeplant und erweitert und bis 1997 unter dem Namen „Bowlingtreff“ genutzt. Seither steht es leer.

Amberg, Bielefeld, Darmstadt, Münster: Wettbewerbssieger „Klimaaktive Kommune“

Die Städtetags-Mitgliedsstädte Darmstadt und Bielefeld sind in der Kategorie klimagerechte Mobilität auf der Kommunalen Klimakonferenz ausgezeichnet worden, die Städte Amberg und Münster bekamen eine Auszeichnung in der Kategorie klimafreundliche Verwaltung. Insgesamt wurden zehn Kommunen prämiert. Die nächste Runde des Wettbewerbs des Deutschen Instituts für Urbanistik startet im Januar 2023.

➔ www.klimaschutz.de/de/wettbewerb2022



Foto: Stadt Bielefeld

Berlin: Müllabfuhr testet mobile Überwege

In Berlin soll die Müllabfuhr auf dicht an dicht mit Fahrzeugen zugewinkelten Straßen leichter gelingen. Deshalb werden dort jetzt sogenannte Transportüberwege getestet. Sie stehen als Platzhalter in der Straße und erleichtern auch Lieferanten und Menschen mit Rad, Rollator, Kinderwagen oder Rollstuhl den Übergang.

➔ www.bsr.de



Foto: bsr



Fotos: nebenan.de

Deutscher Nachbarschaftspreis: Projekte in Essen und Berlin ausgezeichnet

Nach zwei Jahren Coronapause ist in Berlin der Deutsche Nachbarschaftspreis verliehen worden.

Der Themenpreis der Kategorie Vielfalt ging an das Projekt „Mut machen – Steele bleibt bunt“ in Essen. Im Stadtteil Steele stellt sich das Projekt mit Aktionen, Konzerten und Gesprächen gegen das Erstarken von Rechts-extremismus.

➔ www.steelebunt.de

Die Spielstraße Anzengruberstraße in Berlin-Neukölln gewann den Themenpreis Öffentlicher Raum. Die Initiative verwandelt zwischen Mai und September einen Abschnitt der Anzengruberstraße an jeden Sonntag in eine Spielstraße für Kinder aus dem Kiez.

➔ www.nachbarschaftspreis.de/de/spielstrasse-anzengruberstrasse

Themenpreis Nachhaltigkeit ging an die Initiative „Litterpicker – Kehr deinen Kiez“ in Berlin-Wedding. Die Litterpicker räumen wöchentlich ihren Kiez auf, verschenken WeCare Pakete zum selbst aktiv werden und klären in Workshops über das Thema Müll auf.

➔ www.litterpicker.de



Augsburg: Spitze bei Bürger- und Meldeämtern

In Augsburg sollen die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Bürger- und Meldeamt am zufriedensten sein. Auf weitere Top-Plätze kommen Bürger- und Meldeämter in Bielefeld und Kassel. Das ist das Ergebnis einer Abfrage des Verbraucherschutzvereins Berlin/Brandenburg (VSVBB). Der VSVBB hatte insgesamt 43.973 Bewertungen von 350 Behörden in Deutschlands 40 einwohnerreichsten Städten analysiert.

➔ <https://vsvbb.de/vsvbb-behoerden-ranking>

Unterstützung für Kommunen beim Klimaschutz

Niedrigwasser im Rhein gegenüber der Düsseldorfer Altstadt. (Foto: alfotokunst, stock.adobe.com)

Die Kommunen stehen vor großen Herausforderungen – die Klimakrise und hohe Energiepreise gehören dazu. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) fördert Klimaschutzmaßnahmen, die die Treibhausgasemissionen senken. Dank Neuerungen zum 1. November 2022 rückt auch das Thema Energieeffizienz weiter in den Fokus.

Damit die Klimaschutzziele des Bundes erreicht werden können, kommt den rund 11.000 Kommunen in Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Deshalb unterstützt das BMWK Kommunen und kommunale Akteur*innen seit 2008 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) dabei, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Seitdem wurden mit Förderung über die Kommunalrichtlinie – dem größten Breitenförderprogramm der NKI – mehr als 22.000 Klimaschutzprojekte auf den Weg gebracht.

Von den besonders attraktiven Förderbedingungen profitieren seit Jahresbeginn nicht nur Kommunen und kommunale Zusammenschlüsse; auch kommunale Betriebe, Zweckverbände, an denen Kommunen beteiligt sind, Erziehungs- und Bildungseinrichtun-

gen, gemeinnützige Vereine, Sozial- und Wohlfahrtsverbände sowie Religionsgemeinschaften können über die Kommunalrichtlinie eine Förderung erhalten. Für finanzschwache Kommunen und Antragstellende aus den drei Braunkohlerevieren gelten zudem erhöhte Förderquoten bei vielen Maßnahmen.

Über die Kommunalrichtlinie werden investive Klimaschutzmaßnahmen gefördert – wie die energieeffiziente Sanierung von Beleuchtungsanlagen oder die Sanierung und Nachrüstung von Lüftungsanlagen. Auch Maßnahmen, die die Mobilität sowie die Wasser- und Abfallwirtschaft klimafreundlicher gestalten, gehören dazu.

Darüber hinaus liegt der Fokus der Förderung auf strategischen Maßnahmen. Dazu zählen unter anderem Beratungen sowie ein Energie- und Umweltmanagement, aber auch Machbarkeitsstudien für Investitionen in Anlagen und Infrastrukturen. Vorhaben zur Erstellung eines Klimaschutzkonzepts und zur Schaffung eines Klimaschutzmanagements werden ebenfalls gefördert – bis zum 31. Dezember 2022 können finanzschwache Kommunen und Antragstellende aus Braunkohlerevieren noch von einer 100-Prozent-Förderung profitieren.

Jetzt neu: Mehr Förderung für Wärmeplanung

Seit dem 1. November 2022 umfasst die Kommunalrichtlinie außerdem eine Förderung für die kommunale Wärmeplanung. Bezuschusst wird die Erstellung kommunaler Wärmepläne durch externe Dienstleister, wobei der Wärmeplan neben einer Bestandsanalyse auch eine Energie- und Treibhausgasbilanz inklusive einer räumlichen Darstellung sowie eine Potenzialanalyse zur Ermittlung von Energieeinsparpotenzialen beziehungsweise lokalen Potenzialen von Erneuerbaren Energien enthalten muss. Auch die Beteiligung relevanter Verwaltungseinheiten, ein passendes Controlling und eine Verstärkungs- sowie Kommunikationsstrategie sollen in der Planung mitgedacht werden.

Noch bis zum 31. Dezember 2023 können Kommunen für diesen Schwerpunkt 90 Prozent Förderung erhalten, danach sind es 60 Prozent. Finanzschwache Kommunen und Antragstellende aus Braunkohlerevieren profitieren sogar von einer 100-Prozent-Förderung – ab 1. Januar 2024 sind es 80 Prozent. Voraussetzung für die Förderung der kom-

munalen Wärmeplanung: Es liegt noch kein Fokus- oder Klimaschutzteilkonzept für das Handlungsfeld Wärme- und Kältenutzung vor.

Anträge auf Förderung für alle genannten Maßnahmen können ganzjährig gestellt werden. Die lange Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2027 sorgt dabei für Planungssicherheit. Die Projektförderung im Rahmen der Kommunalrichtlinie wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Beratend an Ihrer Seite: das Team des SK:KK

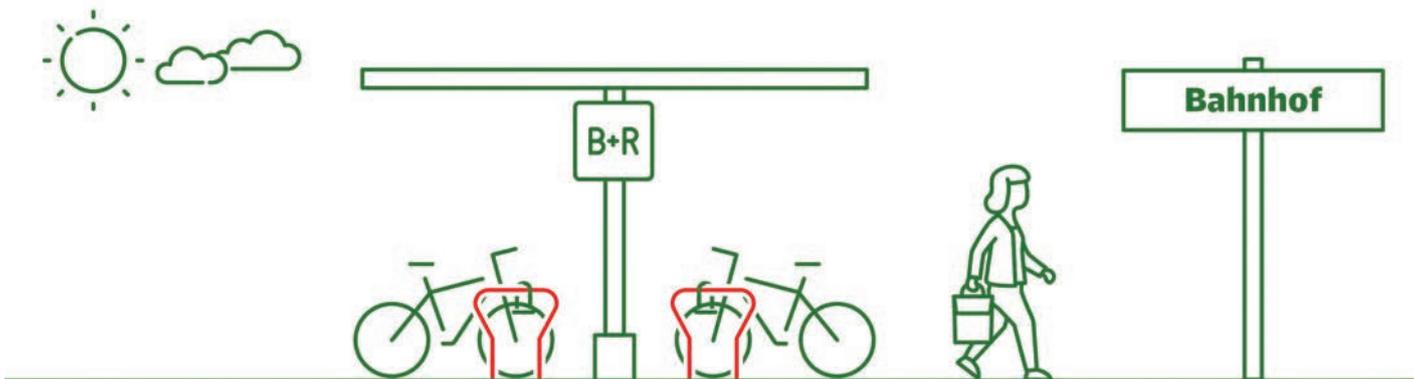
Zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen der NKI berät das Team des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) im Auftrag des BMWK kostenfrei unter 030 39001-170 oder per E-Mail an skkk@klimaschutz.de individuell und passgenau. Das SK:KK bietet darüber hinaus Vernetzungs- und Weiterbildungsangebote an und stellt eine große Auswahl an Publikationen rund um den kommunalen Klimaschutz zur Verfügung:

➔ www.klimaschutz.de/beratung

Sichern Sie sich finanzielle Unterstützung, z. B. für:

Konzepte & Personal für die Umsetzung 	Klimaschutzberatungen & Machbarkeitsstudien 	Energie- & Umweltmanagement 
Energiesparmodelle für Bildungseinrichtungen 	Kommunale Netzwerke 	Beleuchtung & Belüftung 
Radwege 	Radabstellanlagen & Mobilitätsstationen 	Rechenzentren 
Techn. Infrastruktur Abfallwirtschaft 	Techn. Infrastruktur Trinkwasserversorgung 	Techn. Infrastruktur Abwasserbewirtschaftung 

Grafik: SK:KK



Bike&Ride-Initiative mit Erfolgsbilanz: Schon 10.000 neue Fahrradstellplätze

Möglichst viele zusätzliche Abstellmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe zu den Bahnhöfen schaffen: Das ist das erklärte Ziel der Anfang 2019 gestarteten Bike&Ride-Offensive. Inzwischen sind mehr als 10.000 solcher Stellplätze entstanden. Weitere 40.000 Bike&Ride-Plätze sind außerdem laut Deutscher Bahn bereits zwischen Kommunen und der Initiative abgestimmt. Sie sollen in der nahen Zukunft verwirklicht werden.

Die Nachfrage der Städte und Gemeinden nach dem Bike&Ride-Programm ist nach Aussage der Deutschen Bahn (DB) groß. Inzwischen wurde die Laufzeit der Initiative bis 2027 verlängert. Momentan arbeiten über 500 Kommunen in dem Programm mit der Deutschen Bahn und dem Bundesministe-

rium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zusammen.

Die Bike+Ride-Offensive berät Kommunen kostenlos zu Bike+Ride-Anlagen. Sie hilft außerdem bei der Suche nach geeigneten Flächen. Flächen der Deutschen Bahn werden mietfrei per Gestattung zur Verfügung gestellt. Außerdem unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bike&Ride die Kommunen bei der Förderantragsstellung sowie der Bestellung und Montage der Anlagen. Die Förderung durch das BMWK (Kommunalrichtlinie) beträgt derzeit im Regelfall 70 Prozent.

Neben den einfacheren Anlagentypen wie Reihenbügeln und (überdachten) Doppelstockanlagen, können auch Sammelschließanlagen oder Fahrradservicestationen über Rahmenverträge der DB-Kooperationspartner bezogen werden.

Damit Bike+Ride die beste Option für alle ist und der Umstieg vom Auto aufs Fahrrad noch attraktiver wird, braucht es entsprechende Abstellmöglichkeiten an den Bahnhöfen. Neuanmeldungen im Programm sind für Kommunen jederzeit möglich. Das entsprechende Formular und weitere Informationen gibt es unter:

➔ www.bahnhof.de/bikeandride





Ideenwettbewerb im Programm ENGAGIERT FÜR KLIMASCHUTZ

Bis zum 28. Februar 2023 können sich Organisationen für den Ideenwettbewerb im Programm ENGAGIERT FÜR KLIMASCHUTZ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement bewerben. Sie sollten das Thema Klimaschutz in den Bereichen Sport, Kultur, Jugend, Bildung, Migration und Integration oder Bevölkerungs- und Katastrophenschutz aktiv stärken und weiterentwickeln wollen. Denkbar sind innovativen Ideen, Kooperationen und Synergien auf Verbands-, Vereins- und Organisationsebene.

➔ engagiert-fuer-klimaschutz.de

Neuaufgabe: Öffentliches Baurecht und Raumordnungsrecht

Die Neuaufgabe thematisiert den Rahmen der Bauleitplanung und Raumordnung auf regionaler Ebene hinsichtlich diverser aktueller Veränderungsprozesse. Dazu gehören unter anderem der Klimawandel als dominierendes Thema auch der lokalen Politik, die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten und die damit verbundene soziale Frage oder auch die Ende 2020 als politisch-strategisches Leitdokument für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik konzipierte Neue Leipzig-Charta und die Territoriale Agenda 2030.



Bundeswettbewerb nachhaltige Tourismusdestinationen

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Bundesamt für Naturschutz und der Deutsche Tourismusverband rufen zur Teilnahme am Bundeswettbewerb Nachhaltige Tourismusdestinationen auf. Ihre Konzepte einreichen und mitmachen können Tourismusorte, Regionen und Städte in ganz Deutschland. Informationen zum Wettbewerb und Teilnahmebedingungen gibt es online.

➔ www.bundeswettbewerb-tourismusdestinationen.de

Deutscher Städtetag



Foto: Stadt Trier

Wolfram Leibe, Oberbürgermeister der Stadt Trier, wurde vom Hauptausschuss im November in Hannover ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Der Sozialdemokrat leitet die Geschicke der Stadt Trier bereits seit 2015.

Foto: Stadt Regensburg
Stefan Effenhauser

Weiterhin wurde Oberbürgermeisterin **Gertrud Maltz-Schwarzfischer**, Stadt Regensburg, vom Hauptausschuss ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Die Sozialdemokratin steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Regensburg und engagiert sich seitdem auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Meckel Fotodesign

Die Oberbürgermeisterin von Osnabrück, **Katharina Pötter**, wurde ebenfalls im November ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt. Die Christdemokratin steht seit 2021 an der Stadtspitze von Osnabrück.



Volker Bästlein, Pressesprecher des Deutschen Städtetages und des Städtetages Nordrhein-Westfalen, ist feierlich verabschiedet worden und scheidet zum Jahresende aus den Diensten des kommunalen Spitzenverbandes aus. Am 1. Januar 1999 übernahm er die Leitung der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zuvor hatte er als Pressesprecher des Bundesfamilienministeriums und als Bonner Korrespondent der Kölnischen/Bonner Rundschau gearbeitet.

Beim Städtetag prägte Volker Bästlein fast ein Vierteljahrhundert mit großem Engagement die Medienarbeit. Gemeinsam mit seinem Team trug er wesentlich dazu bei, dass der Städtetag als Stimme der Städte in der Öffentlichkeit Gehör fand – in allen für die Städte wichtigen Debatten.

Volker Bästlein war verlässlicher Ansprechpartner für zahlreiche Journalistinnen und Journalisten. Dem Wandel der Medienwelt passte sich unter seiner Leitung die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes immer wieder an.

Die Publikationen des Städtetages und die Online-Angebote wurden mehrfach modernisiert, Logo und Corporate Design bekamen ein neues Gesicht. Und nicht zu vergessen: Volker Bästlein pflegte das Netzwerk mit den Pressesprecherinnen und Pressesprechern der Mitgliedsstädte bei den Konferenzen und Seminaren für städtische Pressearbeit und Kommunikation, zu denen der Deutsche Städtetag jedes Jahr einlädt.



Timm Steinborn (42) wird neuer Pressesprecher und Leiter der Abteilung Kommunikation und Medien beim Deutschen Städtetag und beim Städtetag Nordrhein-Westfalen. Der gelernte Journalist startete seine Laufbahn als freier Mitarbeiter beim Westdeutschen Rundfunk. Seit 2006 war er in Berlin in verschiedenen Positionen in der Verbandskommunikation und der Kommunikationsberatung tätig. 2014 wechselte Timm Steinborn zum Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Dort war er zunächst Leiter der Online-Redaktion und später mehrere Jahre Leiter der Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. In dieser Position verantwortete er sowohl die interne als auch die externe Kommunikation des DGB. Derzeit ist er seit 2021 Geschäftsführer des Bündnisses für Bildung, einem Verband, der sich für bessere Digitalisierung im deutschen Bildungssystem engagiert. Er übernimmt das Amt zum 1. Februar 2023. Bis dahin leitet Pressesprecherin Daniela Schönwälder weiterhin die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des kommunalen Spitzenverbandes.

Wiederwahl



Foto: Julian Beekmann

Heidelberg: Oberbürgermeister **Prof. Dr. Eckhart Würzner** (parteilos) wurde mit Unterstützung von CDU, FDP und der WG Die Heidelberger in seinem Amt bestätigt. Er leitet bereits seit 2006 die Geschicke der Stadt Heidelberg. Würzner ist Erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages und engagiert sich bereits seit 2006 im Präsidium und seit 2007 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Neu im Amt



Foto: HRQ Presse- u. Informationsstelle

Rostock: Eva-Maria Kröger (Die Linke) wird neue Oberbürgermeisterin von Rostock und tritt ihr Amt Anfang 2023 an. Die bisherige Landtagsabgeordnete folgt auf Claus Ruhe Madsen, der zur Landesregierung Schleswig-Holstein gewechselt war und dort nun Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus ist. Madsen war von 2019 bis Juni 2022 an der Spitze der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.



Foto: Sarah Reuther

Städtetag Rheinland-Pfalz: David Langner, Oberbürgermeister von Koblenz, wurde im November zum neuen Vorsitzenden des kommunalen Spitzenverbandes gewählt.

Der Sozialdemokrat folgt auf Michael Ebling, Oberbürgermeister a. D. der Landeshauptstadt Mainz, der zum rheinland-pfälzischen Innenminister ernannt wurde. Ebling hatte das Amt als Vorsitzender seit 2019 inne. Neuer Erster Stellvertretender Vorsitzender wird Markus Zwick, Oberbürgermeister von Pirmasens.



Foto: LH Kiel, Pepe Lange

Verband kommunaler Unternehmen e.V.: Zum neuen VKU-Präsidenten wurde **Dr. Ulf Kämpfer**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel gewählt. Der Sozialdemokrat folgt auf Michael Ebling, Oberbürgermeister a. D. der Landeshauptstadt Mainz, der jetzt Innenminister von Rheinland-Pfalz ist. Das Amt als VKU-Präsident hatte Ebling seit 2016 inne.

Geburtstage



Frank-Tilo Becher, Oberbürgermeister der Stadt Gießen, feiert am 7. Februar seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2021 an der Spitze der Stadt Gießen.



Foto: Michael Kranz

Oberbürgermeisterin **Simone Borris** (parteilos), Landeshauptstadt Magdeburg, begeht am 24. Dezember ihren 60. Ehrentag. Sie leitet seit Juli 2022 die Geschicke der Landeshauptstadt und engagiert sich auch im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: privat

Der Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen, **Thomas Keck**, wird am 2. Februar 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2019 an der Stadtspitze und engagiert sich seit 2021 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Andreas Jakob

Andreas März (CSU), Oberbürgermeister von Rosenheim, feiert am 20. Dezember seinen 50. Geburtstag. Seit 2020 steht der CSU-Politiker an der Spitze der Stadt Rosenheim.



Foto: Li.Ke

Der Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, **Manfred Schilder** (CSU), begeht am 4. Januar seinen 65. Ehrentag. Der CSU-Politiker leitet seit 2017 die Geschicke der Stadt Memmingen.



Foto: Landeshauptstadt Potsdam, Robert Schnabel

Oberbürgermeister **Mike Schubert**, Landeshauptstadt Potsdam, wird am 3. Februar 50 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2018 an der Spitze der Landeshauptstadt und engagiert sich seit 2020 im Präsidium und seit 2019 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Daniela Schönwälder
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de